

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Band: 1 (1946)
Heft: 4

Vorwort: Bäuerliche Schicksalsfragen : die Kräfte zu ihrer Lösung
Autor: Müller, Hans

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bäuerliche Schicksalsfragen

DIE KRÄFTE ZU IHRER LÖSUNG

Dr. HANS MÜLLER

Welches sind die Schicksalsfragen des Bauernvolkes, von deren Lösung hier gesprochen werden soll?

Es ist der **Boden**, seine **Verschuldung** und sein **Schutz vor der Spekulation**. In ihm geht es um die eine Grundlage der bäuerlichen Existenz. Mit der Belastung des Bodens eng zusammen hängt der **Bodenzins**. Diese Fragen bestimmen von der einen Seite her die Lösung der bäuerlichen **Absatz- und Preisprobleme**. Eine Wirtschaft mit Vollbeschäftigung erweist Bauer und Staat die Dringlichkeit der Lösung einer weiteren Schicksalsfrage des Bauernvolkes, der Frage seiner **Arbeitskräfte**.

Wie diese Fragen gelöst werden, davon hängt, neben der Sorge um seine inneren kulturellen Werte, das Schicksal des Bauerntums im Ringen zwischen liberaler und kollektivistischer Organisation der Wirtschaft ab.

In der liberalen Wirtschaft wurde der Boden zur Ware. Damit begann das Fundament, auf dem der Bauer baute, zu wanken. Immer mehr wurde der Boden zum anlagesuchenden Objekt des Kapitals. Der Boden ist im großen und ganzen eine einmalige Größe. Tritt neben die jungen Bauern die Konkurrenz des Kapitals, dann steigt der Bodenpreis und mit ihm die Verschuldung. Erhöht dann noch der Staat, um aus der Landwirtschaft

mehr Steuern zu erhalten, die Grundsteuerschätzungen, dann versinkt der Bauer in seinen Schulden. So stieg die Verschuldung in den hundert Jahren liberaler Wirtschaft vor rund 500 Franken je Hektare Kulturland auf 4300 Franken. Nicht einmal sechs Kriegsjahre waren imstande, den Bauern von dieser furchtbaren Last zu befreien. Der Vergleich des Passivkapitals in den Vorkriegsjahren 1935/38 mit demjenigen der Jahre 1939/43 ergibt folgendes überraschendes Resultat:

Jahre	3—5 ha	5—10 ha	10—15 ha	15—30 ha	über 30 ha
1920/22	14 927	23 497	40 972	59 412	123 902
1923/27	16 647	29 219	47 698	71 243	138 433
1928/30	18 908	31 654	51 877	76 464	131 242
1931/34	23 332	34 603	55 418	76 420	120 168
1935/38	24 007	34 503	52 322	78 583	125 082
1939/43	22 363	35 515	52 915	79 351	125 410

Zu- (+) oder Abnahme (—) = von der Vorkriegsperiode 1935/38 auf die Jahre 1939/43.

—1644	+1012	+593	+768	+328
-------	-------	------	------	------

Zwei Stände tragen die Folgen dieser ersten Entwicklung. Auf der einen Seite versinkt der Bauer immer tiefer in der Verschuldung und muß immer größere Teile seines Arbeitsertrages in Form von Zinsen an das Kapital abführen. Er ist nun auf möglichst hohe Produktpreise angewiesen. Auf der andern Seite trägt der Arbeiter damit seinen Teil an den Folgen einer fehlgeleiteten Entwicklung und mangelnder Vorsorge. Eine auf diesen Grundlagen wirtschaftende Landwirtschaft ist in hohem Maße krisenempfindlich. Jeder ernstere Einbruch in die Wirtschaft, mit fehlender Konsumkraft im Volke, entzieht ihr die Voraussetzungen zu Preisen, die ihrer Verschuldung entsprechen und ihre Kosten decken. Mit Stützungsaktionen und Bauernhilfskassen sucht man den am meisten notleidenden Teil des Bau-

ernvolkes instand zu setzen, dem Kapital die in Krisenzeiten steigenden Zinse zu entrichten. Subventionen jedoch helfen nicht denen am meisten, die sie am dringendsten bedürfen. Sie sind überdies ein politisches Machtinstrument einer geldstarken Oberschicht im Bauernvolke, die sie verteilt. Eine Bauernpolitik, welche die Bauern in «normalen» Zeiten auf Stützungs- und Hilfsaktionen verweist, läßt in diesen ein schönes Stück Bauernfreiheit untergehen. Das aber darf nicht geschehen, wenn der Bauer der Träger der Freiheit, das bleibende Element im Staate sein und bleiben soll. Nur aus diesen Überlegungen heraus ist eine Bauernpolitik zu verstehen, deren Ziel ein freies Bauerntum auf freiem Boden ist. In ihrem Dienste forderten wir und machten die Vorschläge zur Verwirklichung unserer Forderungen: **Boden soll nur erwerben können, wer ihn als Grundlage seiner Existenz selbst bebaut.** Ganz selbstverständlich ist bei der Verwirklichung dieser Idee an alle jene zu denken, die als Arbeiter ihren Familien eine Heimstätte und Nahrung aus eigenem Boden und mit eigener Hände Arbeit schaffen möchten.

Wir schlugen weiter vor: **Die Durchführung einer wirklichen Entschuldung und die Verhütung erneuten Absinkens in neuer Verschuldung durch Festlegung einer Belehnungsgrenze, die Rücksicht nimmt auf den Ertragswert des Heimwesens. Alsdann ferner die Übernahme der Hypotheken zwischen Ertragswert und Belehnungsgrenze in Form nieder verzinslicher Amortisationshypotheken durch eine eidgenössische Agrarbank.**

Nur wenn unser Boden wirklich und dauernd entlastet ist, wird der Bauer der Konkurrenz aus Agrargebieten, die ohne Bodenzins erzeugen, gewachsen sein.

Die bei der Besprechung der Verschuldung festgestellten Tatsachen erhellen die Bedeutung der **Zinsfrage** für die schweizerische Landwirtschaft. 1% Zins mehr oder weniger entspricht mehr als 2 Rappen Milchpreis. Ein schöner Teil des Bodenzinses fließt vom Land in die Städte. Das ist mit ein Grund,

weshalb ausgesprochene Kleinbauerngebiete trotz harter Arbeit und einfachster Lebensweise die Mittel zur Lösung ihrer kulturellen und sozialen Aufgaben nicht aufbringen. Deshalb suchen wir nach Wegen, den Bodenzins dem Landvolke zu erhalten.

Von einer geldverhafteten Bauernpolitik trennen uns unsere Forderungen: **In der Verteilung des Arbeitsertrages kommt vor dem Kapital immer die Arbeit — und — der Bodenzins richtet sich nach dem Bodenertrag.**

Uns trennt die Überzeugung, die Lösung der hier aufgeworfenen Fragen bilde die Voraussetzung einer nicht nur die Landwirtschaft, sondern das ganze arbeitende Volk befriedigenden Verwirklichung der bäuerlichen Forderungen in bezug auf den **Absatz** und die **Preise** ihrer Erzeugnisse, wie eine befriedigende Lösung der **landwirtschaftlichen Dienstbotenfrage**.

Die Förderung der Genossenschaftsidee im Absatz bäuerlicher Erzeugnisse, in der Organisation ihres Marktes, sowie die Verwirklichung der Forderungen nach Qualität in der Erzeugung bedingen eine unablässige und zielsichere Schulung des Bauern und seine Erziehung zur Gemeinschaft. Tut er hier seine Pflicht, dann hat er aber ein Recht zur Forderung, **daß an fremden Konkurrenzprodukten nur so viel eingeführt werden darf, wie er aus unserem Boden heraus nicht zu schaffen vermag.**

Wer fremde bäuerliche Konkurrenzprodukte einführt, soll zur Abnahme einer entsprechenden Menge einheimischer Erzeugnisse verpflichtet werden zu Preisen, welche die Bauernarbeit lohnen. **Der Bauer hat ein Recht auf eine menschenwürdige Entlohnung seiner Arbeit in den Preisen seiner Erzeugnisse. Dazu soll durch die Preisgestaltung auf allen Produktionsgebieten die Qualität gefördert werden.**

Die Verwirklichung unserer Vorschläge in der Boden- und Zinsfrage, die Durchführung einer wirklichen Entschuldung, ermöglichen eine Lösung der Preisfrage, die nicht nur dem Bauern gerecht wird. Es ist eine Bauernpolitik, die grundsätzlich

nicht nur im Preise das Mittel zur Sicherung der bäuerlichen Existenz sieht.

Im Anbau wird durch die Förderung des Genossenschaftsgedankens die Qualität gehoben und der Arbeitsaufwand verringert. Die genossenschaftliche Zusammenfassung des Angebots, sein gemeinsames Auswerten gegenüber der fremden Konkurrenz ermöglichen nicht nur die organisierte Belieferung des Marktes, sondern die Verringerung unnötig hoher Zwischenwinne; alles Voraussetzungen der von uns geforderten Preispolitik. Dabei gilt es, die Gefahren monopolistischer, im Absatz bäuerlicher Erzeugnisse tätiger Gefahren zu erkennen. In ihnen geht gar leicht die Idee des Dienens verloren. Wo diese Gebilde Selbstzweck werden, sind ihre prunkhaften Bauten Zeugen, daß der Bauer in der Verteilung des Ertrages für seine Erzeugnisse zu kurz gekommen ist. Eine Frage von schicksalshafter Bedeutung für das Bauernvolk wird außerdem immer mehr die Frage seiner **Arbeitskräfte**. Nur wenn die Bauernarbeit in der Entlohnung den Vergleich mit der Arbeit in der Industrie aushält, ist die landwirtschaftliche Dienstbotenfrage zu lösen. Fließen den 20 %, die das Bauernvolk noch ausmacht, nur rund 10 % des Volkseinkommens zu, dann ist diese Frage wohl in Krisenzeiten der Wirtschaft mit ihrer Arbeitslosennot, nicht aber in einer Wirtschaft mit Vollbeschäftigung zu lösen.

Über 80 % aller Dienstboten sind ledig. Hinter dieser Zahl liegt die Tragik eines ganzen Standes. Die wenigsten der landwirtschaftlichen Dienstboten haben die Möglichkeit zur Gründung eines eigenen Heims. Die Schaffung kleiner Heimstätten für landwirtschaftliche Dienstboten und ihre Familien ist eine Forderung, die nicht nur das Bauernvolk angeht. An ihr ist die Öffentlichkeit im Kampf gegen die Verstädterung und Landflucht ebenso sehr interessiert.

Die endliche Verwirklichung einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung sichert auch den Dienstboten auf dem Lande

nach einem Leben voll Arbeit ein Alter ohne Not und schützt sie vor dem Armenhaus.

Bei allem wollen wir uns gerade bei der Besprechung der Dienstbotenfrage bewußt bleiben, daß ihre Lösung nicht möglich ist, wenn im Landvolke nicht vermehrt wieder die kulturellen Werte des Lebens in der Familiengemeinschaft auf dem Bauernhofe, der Arbeit in der Freiheit auf der Scholle, das Zusammenleben mit Menschen und Natur höher veranschlagt werden.

Freie Bauern auf freiem Boden — das ist das Ziel all unserer Maßnahmen. Freie Bauern nicht um ihrer selbst willen, sondern als die verläßlichsten Träger der Freiheit eines Landes, der Hort eines starken und gesunden Glaubens, des Gesundbrunnens des Volkes. — Selbst wer mit unseren Zielen und Forderungen einverstanden ist, fragt **nach den Kräften zu ihrer Verwirklichung. Der Bauer ist eine Minderheit geworden.** Er ist in der Lösung seiner Schicksalsfragen ganz in erster Linie auf die Hilfe jener angewiesen, die über die Macht im Staate verfügen. Viel zu wenig ist sich der Bauer aber der Bedeutung seines Standes bewußt. Die Welten, die über die Macht im Staate verfügen, sind aus referendums-, partei- und staatspolitischen Gründen auf die Bauern angewiesen. Dessen sind sich diese viel zu wenig bewußt. Immer gelingt es den Herrschenden in Staat, Partei und Wirtschaft, über einzelne einflußreiche Bauern den ganzen Stand an ihre Welten zu binden. Diese Einzelnen werden daher von jenen mit einträglichen Ämtern und Posten förmlich überschüttet. Die zur Hauptsache aus diesen verläßlichen Vertrauensleuten der herrschenden Klassen bestehende offizielle Bauernführung von heute ist nichts anderes als der in das Bauernvolk hinein verlängerte Arm jener Macht.

Je nach Ziel und Weg der Bauernpolitik richtet sich die Wahl der Hilfskräfte zur Verwirklichung ihrer Forderungen. Eine kapitalorientierte Bauernpolitik erblickt im Preise das Mittel zur Lösung ihrer Probleme. Nur Notzeiten zwingen ihre Träger

zur Besprechung auch der Boden-, Verschuldungs- und Zinsfragen. Es werden dann wohl Pläne zu ihrer Lösung ausgearbeitet; schon nur die Hoffnung auf bessere Zeiten aber läßt alles bei den Plänen bleiben. Es ist auch ganz verständlich. Die geldstarke Oberschicht im Bauernvolke als Träger dieser Politik, verfügt eben über beides, über den Boden und über das Kapital. Ohne Not schmiedet sie sich nicht selbst Fesseln und beschränkt sich ihre Macht und Möglichkeiten.

Eine Bauernpolitik, welche die Agrarfrage nur, oder doch zum größten Teil, von der Preisseite lösen will, wird zwangsläufig zu einer arbeitsfeindlichen Bauernpolitik. In ihr erschöpft sich die Hilfe des Staates weitgehend in der Gewährung von Subventionen, im Markten um die staatlichen Zuschüsse zur Garantierung der Preise, im Kampf um die Grenze. Von der Politik der Subventionen profitiert die herrschende Schicht des Bauernvolkes selbst am meisten. Überdies bedeutet, wie wir schon sagten, die Verteilung der staatlichen Zuschüsse für diese ein wichtiges politisches Machtinstrument.

Der Partner dieser kapitalorientierten Bauernpolitik ist die herrschende Schicht des Bürgertums. Sie verfügt über die Macht in der Wirtschaft und deshalb auch über diejenige in der Führung des Staates. Sicher, ein Stück weit halten gleiche Interessen diese Partnerschaft zusammen.

Das große, finanzstarke Bürgertum der Städte hat kein Interesse am Schutze des bäuerlichen Bodens vor der Spekulation. Ihm ist der Boden ein sicheres Anlageobjekt für unsichere Zeiten und eine Möglichkeit, im Kampfe um einen möglichst hohen Zins das Geldangebot in der Wirtschaft zu verringern.

Die heute herrschende Schicht in der Wirtschaft und diejenige im Bauernvolke finden sich im gemeinsamen Interesse an einem möglichst hohen Kapitalertrage. Sobald es aber um die Preise geht, gehen beide Welten auseinander. Die Industrie hat kein Interesse am Versiegen des Stromes gesunder Arbeitskräfte, der

sich aus der Landwirtschaft auf die Bauplätze und in die Fabriken ergießt. Die Flucht vom Lande schafft die große Reservearmee der Industrie, die sich in «normalen» Zeiten vor den Fabrikatoren staut. Dieser Strom versiegt, sobald die Entlohnung der Arbeit auf dem Lande den Vergleich mit derjenigen der Industrie aushält. Gute Preise für die bäuerlichen Erzeugnisse bedingen entsprechende Löhne der Arbeiterschaft. Diese aber schmälern die Gewinne der Industrie und belasten den Export. Die Finanzwelt ihrerseits fürchtet von dieser Entwicklung, sie könnte die Frage lebendig werden lassen, ob der Export nicht auch von der Geldseite her erleichtert werden könnte. Die herrschende Schicht in Finanz und Wirtschaft wird daher bei der Festsetzung der Preise dem Bauern immer nur gerade soweit entgegenkommen, wie sie aus partei- und staatspolitischen Gründen das tun muß. Um eine möglichst große Abschlagszahlung heraus zu erhalten, wird die offizielle Bauernführung ihrer Partnerschaft mit dem Zusammengehen der Arbeiterschaft, mit einer rotgrünen Allianz, drohen. Auf der berühmten «mittleren Linie» finden sich dann die beiden Welten ein neues Mal. Diese Art Bauernpolitik befriedigt wohl die geldstarke Oberschicht im Bauernvolke, nicht aber das Gros der zinspflichtigen Bauern.

Fragen wir uns nun weiter: Wer hat ebenfalls ein Interesse an der Verwirklichung unserer zur Bodenpolitik gemachten Vorschläge? Es ist der Arbeiter. Wenn die Spekulation des Kapitals um den Boden dessen Preis nicht mehr in die Höhe treiben kann, ist der Bauer weniger auf hohe Preise für seine Erzeugnisse angewiesen. In der genau gleichen Richtung wirkt sich die Entschuldung des bäuerlichen Bodens aus. Ein ebenso lebendiges Interesse hat deshalb der Arbeiter daran, daß der Bauer mit billigem Gelde arbeiten kann.

So werden die Voraussetzungen für eine, sowohl für Bauer wie Arbeiter, gerechte Lösung der Preis- und Absatzfrage geschaffen. Jeder geschulte Arbeiter weiß heute um die Bedeu-

tung der arbeitschaffenden Konsumkraft des Bauern für Gewerbe und Inlandindustrie. Er weiß aber auch, was es für ihn bedeutet, wenn die Entlohnung der Bauernarbeit den Vergleich mit derjenigen in der Industrie nicht aushält. Wenn die Arbeitskräfte vom Lande abwandern, bildet sich vor den Toren der Fabriken die lohndrückende, arbeitsuchende Reserve.

Im Zusammengehen aller Schaffenden zur Lösung der großen Schicksalsfragen auch des Bauern würde nicht nur eine aus gemeinsamer Not und Sorge heraus geborene natürliche Schicksalsgemeinschaft entstehen. Diese Partnerschaft würde von starken, gemeinsamen Interessen getragen. Wir wissen zu gut, auf beiden Seiten gilt es in Jahrzehnten aufgerichtete Mauern einzureißen und oft fast unüberwindlich scheinende Hindernisse aus der Welt zu schaffen. Der Bauer — soweit er nicht nur Wirtschaftler, sondern wirklich Bauer war — wurde vom Arbeiter durch ein Dogma der Arbeiterpolitik, das alles Jenseitige ablehnte oder gar bekämpfte, getrennt. Er wurde ferner durch einen anderen Programmpunkt der Arbeiterpolitik, die Verstaatlichung der Produktionsmittel, mißtrauisch.

Auf der andern Seite wird, solange die offizielle Führung des Bauernvolkes nur der verlängerte Arm der geldstarken Oberschicht in Wirtschaft und Staat darstellt, der Weg vom Arbeiter zum Bauern durch die schweren Folgen dieser nur über die Preise eine Lösung suchende, kapitalverhaftete Bauernpolitik erschwert, wenn nicht versperrt.

Aufgabe der Gutgesinnten, durch keine Sessel und Posten gebundenen, freien Menschen in beiden Welten ist es, durch das Abtragen der Vorurteile den Weg zu gemeinsamer, nicht nur für Bauer und Arbeiter erfolgreichen Arbeit frei zu machen. Im Verstehen zwischen Bauer und Arbeiter liegen die starken Kräfte zur Schaffung von Gerechtigkeit für alle Schaffenden. Ohne diese aber gibt es keinen Frieden in der Heimat.